



AUSSENSICHT

Gudrun Kattinig kritisiert die Streichung der Familienbeihilfe bei einer Berufsorientierung

Schneller Wurf aus dem Nest

Was für eine herbe Überraschung für Familien. Wer nach der Matura nicht sofort einen Ausbildungs- oder Studienplatz nachweisen kann oder direkt zum Bundesheer oder Zivildienst gegangen ist, dem wird postwendend die Familienbeihilfe (FBH) gestrichen. Ohne Übergangszeit. Nur im Fall, dass zeitnah Studium oder Wehrpflicht/Zivildienst absolviert werden, wird rückwirkend nachgezahlt. Leer geht aus, wer zunächst eine Zeit der Orientierung wählt und z. B. ein Praktikum absolviert. Für viele Familien keine leichte Situation. Für Eltern von drei Kindern geht damit auch der Mehrkindzuschlag verloren. Wir lernen: Für den Staat Österreich, der nicht müde wird, seine Familienfreundlichkeit zu betonen, zählt ein 18-jähriger junger Mensch von einem Tag auf den anderen als eine sich selbst erhaltende Person. Wir erinnern: Es war im Jahr 2010, als vieles dem Sparstift zum Opfer fiel. So

„Die meisten Familien sind zu sehr unter Druck, um ihren Protest deutlich artikulieren zu können.“

der dreimonatige Anspruch auf Beihilfe nach Abschluss einer Ausbildung. Ebenso wurde die Familienbeihilfe vom vollendeten 26. auf das 24. Lebensjahr gekürzt. Eltern, die ihren Kindern die Möglichkeit einer Berufsorientierung vor der weiteren Ausbildung ermöglichen wollen, haben seitdem in den sauren Apfel zu beißen. Die meisten Familien sind zu sehr unter Druck, um ihren Protest deutlich artikulieren zu können. Zumal die ständigen Verlautbarungen, wie gut es Familien in Österreich geht, sehr verwirren. Man kommt nicht umhin zu resümieren, dass die zuständigen Politiker sich zunehmend von ihrer Klientel entfernen.

Wen regt es auf, dass zwar die Parteienförderung jedes Jahr erhöht wird, aber der Wertverlust bei der Familienbeihilfe seit dem Jahr 2000 mittlerweile 32,2 Prozent beträgt? Das noch nie valorisierte Kinderbetreuungsgeld ist heute über 4000 Euro weniger wert als im Jahr der Einführung 2002! Entgegen dem Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes wird Steuerfreiheit auf das Existenzminimum eines Kindes nicht gewährt.

Kinder zu bekommen und zu haben, ist eine private Entscheidung. Ja. Aber keine private Sache. Ohne Kinder keine Zukunft.

Gudrun Kattinig ist Mutter von drei Kindern und Geschäftsführerin des Katholischen Familienverbandes Kärnten

PISMESTROVIC



Stolpersteine



Trallala aus der Ukraine

Das klingt jetzt, zugegeben, nicht nach einem extrem ernsten Grund, vor Schreck in Schnappatmung zu verfallen: Der Chef des ukrainischen Staatsfernsehens ist zurückgetreten.

Surab Alassanja schied im Protest, weil seine Regierung für die Austragung des Eurovision Song Contest 2017 16 Millionen Euro seines Budgets reserviert hat. Wir erinnern uns: Der ORF hat 2015 rund 15 Millionen für die Austragung des Gesangsbewerbs in Wien ausgegeben. So überzogen wirkt

die Kalkulation der ukrainischen Regierung also erst einmal gar nicht. Nur: Der ORF hat ein Jahresbudget von rund 900 Millionen Euro, Alassanja nur 43. Sein eigentlicher und demokratiepolitisch immens heikler Auftrag ist es, in einem von Privatsendern dominierten Land ein öffentlich-rechtliches Fernsehen nach BBC-Vorbild zu schaffen. Seine Regierung aber will lieber in Europa gut aussehen. Als könnte man das, wenn man statt in Meinungsfreiheit in Trallala investiert. **Ute Baumhackl**

LICHTBLICK

Die Moral stimmt

Nun wissen wir ja, dass in Österreich die Raunzer – sogar was die Vergangenheit betrifft – pessimistisch sind und eine gesunde Nuance Nörgelei auch in der Analyse des Wirtschaftsstandorts zur guten Tradition gehört. Jetzt aber deuten Indikatoren auf Besserung hin. Das Wirtschaftswachstum im Land zieht leicht an, die Teuerungsrate tapst langsam in Richtung 2-Prozent-Ziel. Während sich der makroökonomische Weitblick zart aufhellt, bringt auch die

mikroökonomische Lupe Erfreuliches ans Tageslicht. Die Job-Plattform willhaben hat mehr als 1000 Arbeitnehmer nach dem Befinden im Job befragt. Das Ergebnis: Die Arbeitsmoral in heimischen Betrieben ist hoch. 35,1 Prozent der Arbeitnehmer bewerten diese als „gut“, 47,2 Prozent als „eher gut“. Noch ein Vorbote des Weihnachtsfriedens: 37 Prozent stufen die Führungsqualitäten des Chefs als „gut“ ein, während nur sechs Prozent für „schlecht“ votieren.